

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

3. September 2013

Krank vor Lärm und Kanzlerin Merkel sagt, Lärmopfer sollten zuhören

**Verkehrslärminitiativen demonstrieren am kommenden Samstag
in Wiesbaden gemeinsam für das Recht auf Nachtruhe**

Am kommenden Samstag, 7. September 2013, werden in Wiesbaden mehr als 100 Verkehrslärminitiativen aus dem Rheintal, Rheingau und dem Rhein-Main-Gebiet gemeinsam für qualifizierte Fahr- und Flugverbote in der Nacht demonstrieren. Mit einem Demonstrationszug durch die Wiesbadener Innenstadt soll vor der hessischen Landtags- und der Bundestagswahl noch einmal daran erinnert werden, dass sich die Menschen entschlossen zeigen, ihr Recht auf Nachtruhe und körperliche Unversehrtheit einzufordern.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte kürzlich auf einer Wahlkampfveranstaltung am Frankfurter Römer mit Geringschätzung und Arroganz auf den Bürgerprotest reagiert, wahrscheinlich, so Pro-Rheintal-Sprecher Frank Gross, um im „Bankenland“ ihre Linientreue zu demonstrieren. Die Kanzlerin wörtlich: Man habe sich in Deutschland (...) auch an Menschen gewöhnt, die einfach nicht zuhören wollen, „obwohl es für unser Land besser wäre, auch die würden noch was dazulernen“, so ihre herablassenden Worte. Aber es kam noch schlimmer: Nach Merkelschem Demokratieverständnis ist es ein Zeichen von „Toleranz“, dass es „solchen Bürgern“ in Deutschland überhaupt erlaubt ist, ihrer Demonstrationsfreiheit nachgehen zu dürfen. Ein Denkansatz, der einen bitteren Nachgeschmack hinterlässt, weil er eine unüberhörbare Drohung gegenüber politisch Andersdenkenden zum Ausdruck bringt.

Frank Gross zeigte sich empört, als er von Merkels inakzeptabler Äußerung erfuhr. „Wir hören doch jede Nacht Hunderten von Zügen zu, die uns entgeschneideln, dass Bund und Bahn ihre Hausaufgaben

nicht gemacht haben“, sagt er. Nach seinen Worten, sollte jemand wie Frau Merkel, die aus der früheren DDR kommt und nur durch Bürgerproteste ihre Freiheit wiedererlangt hat, mit diesen demokratischen Rechten sehr sorgsam umgehen und nicht neben den Milliarden, die an die Banken verschenkt wurden, jetzt auch noch die Grundrechte hinterherwerfen.

Es gehe hier nicht um die Frage „Lärmschutz oder Wirtschaft“, sondern um ein gesundes Leben, das Hand in Hand gehen muss mit einer nachhaltigen Wirtschaft und nachhaltigem Wachstum. Der Ausverkauf von Umwelt- und Bürgerrechten zugunsten der Interessen von ein paar globalen Konzernen gehe zulasten der Allgemeinheit und schade der gesamten mittelständischen Wirtschaft, die dadurch preislich einem globalen Wettbewerb ausgeliefert sei, den man unter deutschen Bedingungen in puncto Energiekosten, Steuern und Abgaben gar nicht bestehen könne. Der gierige Ruf nach immer „mehr Verkehr“ belaste nicht nur die Umwelt und koste Ressourcen, sondern führe auch zu weniger Mobilität, weil die Menschen mehr im Stau und vor roten Ampeln stünden, als von A nach B zu kommen. Das sei für den Mittelstand existenzgefährdend und es stelle auch alles Wirtschaften in Frage, denn die Menschen würden dadurch krank und die Unternehmen somit noch weniger wettbewerbsfähig.

Entsprechend wollen die Initiativen für ihre Rechte auf die Straße gehen, und Pro Rheintal fordert ganz besonders die Rheingau- und Rheintal-anwohner auf, Präsenz und Flagge zu zeigen.

Treffpunkt ist um 15 Uhr auf dem Dern'schen Gelände. Von dort führt der Demonstrationzug durch die Wiesbadener Innenstadt zum Kochbrunnen-Platz vor der Staatskanzlei. Personen, die ein Duo-Banner tragen möchten, erhalten diese am Treffpunkt von den Pro-Rheintal-Helfern.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild 1: Bereits 2010 hat Pro-Rheintal-Chef Frank Gross Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen mit Kanzleramtschef Ronald Pofalla ein Lärmschutzkompendium überreicht. Geholfen hat es bisher nicht.



Bild 2: Mehr als 5.000 Menschen aus über 100 Bürgerinitiativen waren zuletzt auf der Anti-Lärm-Demo in Mainz. Die betroffenen Orte zeigen hier gemeinsam Flagge, um beim Lärmschutz nicht unberücksichtigt zu bleiben.



Bild 3: Landrat Bertram Fleck zusammen mit Bürgermeistern der Region (v. l. Dieter Kochskämper, Dr. Walter Bersch) und Hotelier Andreas Stüber auf der Lärmdemo in Mainz.



Bild 4: Politiker des Rhein-Hunsrück-Kreises ließen es sich nicht nehmen, auf der Lärmdemo dabei zu sein. Hier zu sehen Dr. Walter Bersch (links) und Landrat Bertram Fleck (rechts) zusammen mit Hotelier Andreas Stüber aus Bacharach.